

Reproduktive Ungerechtigkeit in Polen

Autor(en): **Barekowska, Joanna**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **116 (2022)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1002424>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reproduktive Ungerechtigkeit in Polen

Joanna Barełkowska

Mit dem Tod der 30-jährigen Izabela am 22. Oktober 2021 erreichte der Kampf um reproduktive Gerechtigkeit in Polen eine neue Dimension. Izabela war in der 22. Schwangerschaftswoche, als das Fruchtwasser abging. Solange das Herz des Fötus pochte, wollten die Ärzte keine Abtreibung vornehmen, obwohl Symptome auf eine Blutvergiftung der Patientin hindeuteten. Schliesslich starb Izabela.

Anfang November gingen Tausende von Menschen auf die Strassen, um Izabela zu gedenken. Sie skandierten: «Ani jednej więcej» («Keine Einzige mehr»). Aus Lautsprechern ertönte: «Ärzte! Ihr seid dafür da, Frauen zu verteidigen und um unser Leben zu kämpfen!»

Izabelas Tod lenkte die Aufmerksamkeit einmal mehr auf die Auswirkungen der Anti-Abtreibungsgesetze und auf konkrete Frauen, die ihrer reproduktiven Rechte beraubt werden. Deshalb haben inzwischen viele Angst, schwanger zu werden, und bangen um ihre Gesundheit, ja um ihr Leben. Umgekehrt berichten Ärzt*innen von Angriffen seitens der Staatsanwaltschaft und/oder fundamentalistischer Anti-Abtreibungsorganisationen. Ihnen drohen bis zu zwei Jahre

Haft für einen «unrechtmässig» durchgeführten Abbruch. Die Verunsicherung ist durch die Veröffentlichung eines Urteils des polnischen Verfassungsgerichts im Januar 2021 gestiegen, wonach auch eine Abtreibung aufgrund einer schweren fötalen Missbildung gegen die Verfassung verstosse. Damit herrscht faktisch ein totales Abtreibungsverbot. Solange die Partei PiS an der Macht ist, wird es keine reproduktive Gerechtigkeit geben.

Polnische Frauenorganisationen wie die Föderation zugunsten von Frauen und Familienplanung, Allpolnischer Frauenstreik oder Abortion Without Borders argumentieren *pro-choice*: für das Recht von Frauen, über ihr eigenes Leben, ihre Gesundheitsvorsorge und ihren Kinderwunsch zu entscheiden. Dabei berufen sie sich auf das Recht auf Gesundheit; es steht allen zu, nicht nur denjenigen, die sich eine Abtreibung im Ausland leisten könnten. Sie übernehmen anstelle des Staates Aufgaben der Gesundheitsfürsorge, protestieren gegen die herrschende Ungerechtigkeit, entwickeln alternative Gesetzesvorlagen für eine legale, kostenfreie und sichere Abtreibung und versuchen den öffentlichen Diskurs zu verändern. Sie sind es, die Leben und Familie schützen, und nicht die katholisch-fundamentalistischen Gruppierungen, die sich als «pro-life» bezeichnen. ●

- Joanna Barełkowska, *1966, ist Projektmanagerin bei der Globalen Einheit für Feminismus und Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin.